

Wien, Dienstag, den 8. November 1927.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. November 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen über die Tagesordnung ein. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen, die den Entwurf für die Wohnhausanlage in der Längenfeldgasse mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Schilling, einen Zuschusskredit von 255.000 Schilling für die Lieferung von fünftausend Stück Colonia-Kehrrechtgefässen, sowie für die Lieferung von weiteren zehntausend Stück Anhängenvorrichtungen und die Wiederherstellung des durch einen Brand beschädigten Pferdestalles in der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof betreffen, angenommen.

GR. Jenschik (Soz. Dem.) beantragt sodann die Genehmigung eines Zuschusskredites von 45.000 Schilling für die Erhaltung städtischer Amts- und Schulhäuser.

GR. Stöger (E. L.) weist auf die Renovierungsarbeiten in der Schule in der Waltergasse hin, die vom Elternverein durchgeführt wurden. Er ersucht, dem Elternverein ein Darlehen von 30.000 Schilling zu gewähren.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schütz ersucht um Genehmigung der Verbreiterung der Vorgärten an der verlängerten Klampfelberggasse in Hernals.

GR. Doppler (E. L.) wünscht, dass zuerst einmal die Höhenstrasse vernünftig ausgebaut werde, da eine gute, brauchbare und breite Strasse für das Gebiet eine dringende Notwendigkeit ist. Solange diese Strasse nicht angelegt wird, kann die Minderheit nicht für den Antrag stimmen.

GR. Pfeiffer (E. L.) wünscht ebenfalls die Anlage einer brauchbaren Strasse.

In seinem Schlusswort erwidert GR. Schütz, dass die Verbreiterung der Vorgärten dazu dient, um einen Uebergang von Baugebiet zum Wald- und Wiesengürtel zu schaffen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Es werden sodann Anträge betreffend die Herstellung eines Holzpflasters in der Gottfried Kellergasse mit einem Kostenbeitrag von 23.000 Schilling sowie betreffend den Neubau von Hauptunterskanälen in der Hohenberggasse und in den unbenannten 1 - 10 im XII. Bezirk mit dem Kostenerfordernis von 270.000 Schilling und betreffend Strassenherstellungen in der Deffregger und Enderstrasse sowie in der Dvorakgasse und am Kinzerplatz genehmigt.

GR. Schnidder (soz. dem.) referiert über den Antrag, einen Zuschusskredit in der Höhe von 240.000 Schilling zur Deckung des bei der Instandsetzung der Makadamstrassen sich ergebenden Mehrererfordernisses zu bewilligen.

GR. Körber (E. L.) bemerkt hiezu, dass für die Erhaltung der Makadamstrassen, die einer besonderen Pflege bedürfen, gar nichts geschehe, obzwar für die Strassenerhaltung kein geschultes Personal notwendig sei. Die Gemeinde könnte da von der Bundesstrassenverwaltung viel lernen. Auch für die Strassenreinigung müsste mehr geschehen.

GR. Schneider bemerkt hiezu, dass für die Strassenerhaltung sechs ein halb Millionen Schilling eingestellt seien; dass die Er-

fordere, dass im Uebrigen ein grosser Teil der Makadamstrassen in Wien alljährlich durch andere Strassen ersetzt werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Freyer (E. L.) bemerkt, es handle sich um den ausserordentlich hohen Betrag von 2 1/2 Milliarden, über die der Bürgermeister eigenmächtig auf Grund des Paragraph 96 verfügt. Die Minderheit muss gegen den Unfug des Paragraph 96 energisch Stellung nehmen.

Die Anträge, den Bauentwurf für die Blöcke III, IV und VI der Wohnhausanlage "Am Wienerberg" mit einem Kostenaufwand von 1.500.000 Schilling, den Bauentwurf für die Blöcke VIII bis XIII derselben Anlage mit einem Kostenaufwand von 3.720.000 Schilling und den Bauentwurf für den Bauteil B dieser Wohnhausanlage mit einem Kostenerfordernis von 2.130.000 Schilling zu genehmigen, werden ohne Debatte angenommen.

GR. Kokrda (soz. dem.) referiert über den Fabriksankauf an der Alxingergasse im X. Bezirk durch die Gemeinde Wien.

GR. Doppler (E. L.) verweist darauf, dass dieses Geschäftsstück bereits sechs Wochen auf der Tagesordnung stehe, dass es ursprünglich als normales Geschäftsstück gelaufen sei und erst später in ein Geschäftsstück nach Paragraph 96 verwandelt worden sei. Es ist merkwürdig, dass ein solches nicht unwichtiges Geschäftsstück solange im Gemeinderat herumgeschleppt wird, ohne erledigt zu werden und es macht den Eindruck, als ob man durch diese Verschleppungstaktik gehofft habe, es schliesslich geräuschlos erledigen zu können. Im Ausschuss hat man dieses Geschäftsstück als vertraulich erklärt, während gleichzeitig schon Zeitungen darüber geschrieben haben. Es heisst, dass in diesem Objekt die Gemeindegewache provisorische untergebracht werden soll. Was soll nach diesem Provisorium geschehen? Will man für die Gemeindegewache eine eigene Kaserne bauen, oder will man sie auflösen? Der Ankauf von Objekten ist bei der Gemeindeverwaltung überhaupt zu einer Art Manie geworden. Man überschreitet ruhig die hierfür vorgesehene Budgetpost und ökonomisiert so die Gemeingelder. Für die Gemeindegewache gibt man überhaupt sehr viel Geld aus. Man hat eine Milliarde nach der anderen für die Anschaffung von Tuch für Uniformen ausgegeben, dann hat man Geld für Umänderungsarbeiten an dem in Frage kommenden Objekt ausgegeben und jetzt verlangt man einen Kredit für den Anlauf dieses Objekts. Vor kurzer Zeit hat man drei Transportwagen für die Gemeindegewache gekauft, wahrscheinlich sind das die zukünftigen Panzerwagen. Dann musste ein Personenwagen wahrscheinlich für den obersten Kommandanten angeschafft werden. Dabei fragen wir uns vergeblich, welchen Aufgaben die Gemeindegewache dient. Diese Wache die man eigens dazu geschaffen hat, um das Gemeindegewachstum zu hüten, kommt nirgends zu recht. Einmal ist ein Wasserrohrbruch im Amtshaus, die Gemeindegewache merkt nichts, ein anderesmal brennt es und sie merkt wieder nichts. Hier und da werden einmal in einem Armeninstitut oder im Invalidenamt hilfessuchende Menschen hinausgeworfen. Wenn das die ganzen Aufgaben der Gemeindegewache sind, so ist das ein zu teurer Spass. Vorher hat die Gemeinde kein Bedürfnis nach solchen Bediensteten gehabt. Andere Gemeindegewachstliche hat man abgebaut. Man hat die Gemeindegewache nur geschaffen um auf künstliche Weise einen Teil des Republikanischen Schutzbundes mit Gemeingeldern zu erhalten und obendrein besteht die Gefahr dass man die Gemeindegewache als Kader des Republikanischen Schutzbundes benützen will. Das ist ein frevelndliches Beginnen und wir wissen daher den Antrag ablehnen (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

Die Gemeindegewache hat keinen anderen Zweck als spazierenzugehen. Wenn Sie den Leuten wenigstens eine entsprechende Beschäftigung geben würden, hätte das noch einen Sinn. Ursprünglich haben Sie gesagt, dass die Gemeindegewache einen Wachdienst machen werde; aber auch auf diesem Gebiet hat sich die Gemeindegewache bis heute noch keinen Ruhm erworben. Das Dach des Neuen Amtshauses ist abgebrannt und als es schon in hellen Flammen stand, musste erst die Gemeindegewache aufgeweckt werden. Es ist begreiflich, dass die Aemterkommuniering - der Kommandant der Gemeindegewache ist der Branddirektor - zu nichts führen kann. Die Gemeindegewache hat nur den einen Zweck, eine Parteigarde zu sein. Die Gesamtspesen für den Ankauf der Realität machen 239.000 Schilling aus. Das ist kein kleiner Betrag, aber trotzdem wurde alles auf Grund des § 96 verfügt. Ueber den Ankauf der Realität wurde im Ausschuss VI am 14. September verhandelt. Sechsmal stand die Sache auf der Tagesordnung und erst heute wird der Antrag vorgelegt und darüber referiert. Von einer Sitzung zur anderen wurde der Akt zurückgestellt und zwar nur deshalb, weil sie die Besprechung dieser Angelegenheit nicht vor dem Parteitage wollten. Bis zum Schulbeginn war die Gemeindegewache in Schulen untergebracht. Die Schulen sollen wahrhaftig vor einer solchen Einquartierung verschont bleiben. Sie mussten natürlich nach der Einquartierung wieder instand gesetzt werden. Dafür musste selbstverständlich auch die Gemeinde aufkommen und das ist eine Verschleuderung öffentlicher Gelder. Es sind keine kleinen Summen, die Sie für die Gemeindegewache in Anspruch nehmen. In der Sitzung am 14. Dezember wurde ebenfalls vertraulich über die Anschaffungskosten referiert. Für Uniform, Revolver, Munition und dergleichen wurden 165.000 Schilling aufgewendet. Die Kosten der Gemeindegewache gehen in die Milliarden. Man kann ruhig annehmen, dass die Gemeindegewache der Gemeinde bis heute gegen 25 Milliarden kostet. Diese Beträge stehlen Sie der Bevölkerung, das ist eine Verschleuderung des Gemeindevermögens. Wenn Sie eine Parteigarde haben wollen, so zahlen Sie sie aus Parteigeldern, aber nicht aus den Taschen der Bevölkerung. Bei der Fürsorge wird geknausert, aber für die Gemeindegewache werfen Sie das Geld nur so hinaus. In der Laaerbergstrasse Nr. 17 steht ein Gemeindehaus, dessen Zustand fürchterlich ist. Acht arme Proletarierfamilien wohnen darinnen. Wenn Sie in der Lage sind, für die Gemeindegewache soviel Geld auszugeben, warum haben Sie kein Geld für die Herichtung dieses Hauses? Das aber ist Ihre Sozialpolitik und dagegen werden wir uns immer wehren. Mit aller Entschiedenheit werden gegen diesen Antrag stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

GR. Prinke (E.L.) erklärt, dass es ihm wundere, dass der Finanzreferent, der sonst nicht so freigäbig ist, für die Gemeindegewache so grosse Beträge übrig habe. Welchen Zweck habe eigentlich die Gemeindegewache? Lueger, der die Gaswerke und die Elektrizitätswerke erbaut hat, hat keine Gemeindegewache gebraucht. Die Gemeindegewache soll wahrscheinlich die Neubauten besichtigen, um zu melden, wann eine Einsturzgefahr besteht. Sie haben die Gemeindegewache in der Furcht geschaffen, dass das Volk von Wien endlich einmal zur Erkenntnis kommen und versuchen wird, Sie von Ihrem Platz, auf dem Sie schon lange nicht mehr hingehören, zu verdrängen. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Kokrda, dass der § 96 keine Erfindung der Sozialdemokraten ist, sondern von der früheren Gemeindeverwaltung übernommen wurde. (Gemeinderat Haider (E.L.): Aber Sie missbrauchen ihn!) Ich weiss nicht, wie oft der § 96 von der früheren Mehrheit angewendet wurde. (Gemeinderat Kunsohak (E.L.): In 25 Jahren nicht so oft, wie von Ihnen in einem halben Jahr!) Der § 96 wird immer begründet angewendet und ich habe auch darüber in diesem Falle im Ausschuss sehr ausführlich berichtet. Wir vertreten den Antrag mit ruhigen Gewissen. Was

die Meinung der Bevölkerung anlangt, so haben wir die Meinung der Bevölkerung am 24. April gehört und wir haben auch davor in der Zukunft keine Angst. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird sodann angenommen.

Der Gemeinderat bricht nun die Verhandlungen über die Tagesordnung ab, und setzt die Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1926 fort. In Verhandlung steht die Verwaltungsgruppe III.

GRin. Dr. Motzko (E.L.) will den <sup>sozialdemokratischen</sup> Behauptungen von einer Mehrung der sozialen Fürsorgeleistungen die tatsächlichen Leistungen der Gemeinde entgegenhalten. Das Bürgerspital haben Sie unerbittlich der Auflösung entgegengeführt. Dagegen haben Sie die Auflösung entgegengeführt. Sie haben nicht das Recht mit einer Fürsorgeanstalt in der Weise zu verfahren, wie Sie es getan haben, Sie haben insbesondere nicht das Recht, die Privilegien der alten Wiener Bürger, die ein Anrecht darauf haben, ihre alten Tage in diesem Haus zu verbringen, so zu missachten. Eine Mehrung ist allerdings auf dem Gebiete der Rückvergütung der Verpflegskosten zu verzeichnen, die so rücksichtslos eingetrieben werden, dass die Gemeinde hier statt der veranschlagten 117.000 Schilling 136.000 Schilling eingenommen hat. Die Geld- und Sachaushilfen für die Jugendlichen haben sich fast gar nicht gesteigert, obwohl das Jahr 1926 eines der allerschwersten Jahre war. Wesentlich erhöht hat sich allerdings die Post "Verpflegskosten" für die Unterbringung von Kindern in fremden Anstalten. Aber so weit es sich um normale Kinder handelt, nehmen Sie für die Unterbringung nur solche Anstalten in Betracht, die Ihnen parteimässig nahe stehen und die in Ausnützung der Situation hohe Verpflegskosten verlangen, während Sie viele andere Anstalten und vor allem die Charitatanstalten, die mit einem weit geringeren Betrage ihr Auslangen finden, völlig an die Wand drücken. Diese absolut parteipolitische Einstellung in der freiwilligen Fürsorge bezahlen Sie mit sehr viel Geld. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste) Obwohl die paar Wärmestuben, die wir in Wien haben, nicht genügen, haben Sie an dieser Post erspart. Hier wie auf anderen Gebieten hat Professor Tandler sehr gut rechnen gelernt und Stadtrat Breitner wird ihm die Not 1 im Rechnen nicht vorenthalten. (Heiterkeit bei der Einheitsliste). Nur glauben wir, dass es in einer solchen Zeit nicht Aufgabe des Fürsorgeferenten ist, zu sparen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste). Unserm Wunsche entsprechend will Dr. Tandler in öffentlichen Küchen eine Mittagsauspeisung einrichten. Es heisst aber, dass <sup>Waisenhäuser</sup> Frühfütterer eine solche Speisekarte nicht bekommen sollen? Ist das richtig? Bei der Post haben sich die Betriebseinnahmen fast um ein Drittel gesteigert, die Betriebsausgaben sind nur um ein Zehntel höher. Das heisst, man versteht es sehr gut, den Leuten jeden Knopf abzudrücken, damit sie schuldige Verpflegskosten bezahlen, man steigert aber nicht in demselben Ausmass die Aufwendungen. Auch bei den Lehrlingsheimen hat man gegenüber dem Voranschlag eine ganz erklärlche Summe erspart. In der Schulauspeisung haben sich die Ausgaben ziemlich gesteigert, aber auch die Elternbeiträge sind sehr gestiegen. Wir wünschen eine aufrichtige Ziffer, der von der Wöc ausgespeisten Kinder zu hören. Mit der Auspeisung von 14.000 Kindern, wenn man die günstigste Zahl annimmt, hilft man dem Kinderhunger und dem Kinderelend nicht ab. Für die Frühstücksauspeisung in den Kindergärten waren 56.000 Schilling veranschlagt, an Elternbeiträgen sind 92.000 Schilling eingenommen worden (Hört! Hört! bei der Einheitsliste), wirklich ausgegeben hat man 83.000 Schilling. Das heisst, man spart nicht nur, sondern zieht noch einen Profit aus der Beitragsleistung der Eltern. Bei der Unterbringung in der Tuberkulosenfürsorge, beim Schutz tuberkulös gefährdeter Kinder, in der Krüppelfürsorge sparen Sie.

GR. Kunschak: Das ist eine verkrüppelte Fürsorge.

GRin. Dr. Motzko: In allen Pflegeanstalten ist ein Unterbelag stark unter der Höhe der in Aussicht genommenen Belagziffer zu verzeichnen, nur in Mauerbach, in der Strafanstalt der Gemeinde Wien, ist der Belag gestiegen. Hier und auch überall sonst in den Anstalten ist eine sehr starke Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen, andererseits aber eine Zurückhaltung in den Aufwendungen, namentlich hinsichtlich der Lebensmittel. Insgesamt haben sich die Verpflegungskosten ersatzweise um mehr als 2000 Schilling gesteigert und insgesamt ergibt sich gegenüber dem Voranschlag eine Ersparnis von 150.000 Schilling. Man darf sich dann nicht wundern, dass es in Lains immer wieder Klagen gibt. Die Leute sagen, dass die Kost dort an und für sich nicht schlecht, dass sie aber fettlos ist. Es kommen immer wieder Klagen, dass die Leute in Lains sehr streng behandelt werden, dass die Quarantaine direkt als eine Strafeinrichtung missbraucht wird. Wenn ein Mann einmal etwas über den Durst getrunken hat und etwas randaliert, kommt er auf neun Wochen in die Quarantäne. Die Waisenhäuser zeigen dasselbe Bild, wie die Verpflegsanstalten. Ein Mehrerfolg in den Verpflegskosten um eine Ersparnis an den Ausgaben für Lebensmittel. Es werden 112.000 Schilling an der geschlossenen Waisenfürsorge in Wien erspart. Was ist keine wirkliche Fürsorge. Sie prunken damit, dass Sie für Erhaltungsbeiträge Mehrausgaben von 4,5 Millionen Schilling hatten. Aber dass diese Mehrausgaben notwendig waren, erklärt sich daraus, dass trotz unserer Einwendungen eine viel zu geringe Summe veranschlagt worden ist. Aber auch die wirklich ausgegebene Summe ist noch lange nicht ausreichend und die Klagen über Ihre Ersparungswut in der offenen Fürsorge sind nicht aus der Luft gegriffen. In einer Zeit, in der die Lebensmittelpreise so ausserordentlich gestiegen sind, ist es lächerlich eine Anfallspründe von neun Schilling zu geben und in jedem Jahr um zwei Schilling zu steigern. Sie sagen immer, dass die Höchstpründe 40 Schilling ist. Eine solche Höchstpründe erleben die Leute ja gar nicht. Zum Schlusse wendet sich die Rednerin dagegen, dass in einer Zeit der Demokratie, in der der Grundsatz gelte, dass die zu Befürsorgenden in der Fürsorge mitzusprechen haben, der Reichsverein der Arbeitsinvaliden, in dem über 2000 Pfändner zusammengeschlossen sind, vom Stadtrat Tandler ganz ausgeschaltet werde, ja dass die von diesem Verein abgefassten Rekurse von den Fürsorgeinstituten nicht entgegengenommen werden.

GR. Kunschak: Das ist absolut gesetzwidrig, wir werden einfach einen Prozess beim Verfassungsgerichtshof anhängig machen.

GRin. Dr. Motzko bemerkt, dieses Vorgehen könne man nur dahin verstehen, dass man verhindern wolle, dass vieles, was in der offenen Fürsorge nicht in Ordnung ist, an den Tag komme. Solange Sie, schliesst die Rednerin, die Fürsorge so betreiben, wird Ihnen niemand den Schlag von der Fürsorge im Boten Wien mehr glauben. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Prinke (E.L.) bemerkt, die Nettoausgaben der Gemeinde für die Tuberkulosefürsorge im Ausmass von 2,907.000 Schilling, seien viel zu gering. Namentlich wenn man bedenke, dass im Jahre 1926 eine Steigerung der Tuberkulosekranken um fast 50 Prozent stattgefunden habe. Die Krankenkassen Wiens haben für die Tuberkulosekranken im Jahre 1926 einen Betrag von rund 100 Milliarden aufgewendet. Die Gemeinde Wien hätte die spezielle Verpflichtung zur Bekämpfung dieser Volksseuche alles erdenkliche zu tun. Und insbesondere für eine grosszügige Propaganda entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein offener Skandal ist der Betrieb der Gemeindefriedhöfe. Die Leute erzählen die schauderhaftesten Dinge, über das was auf dem Zentralfriedhof geschieht. Ich behaupte zur Ehre des Stadtrates Tandler an, dass

ihm diese Dinge nicht bekannt sind, da Direktor Lasch dort selbstherrlich schaltet. Während der Voranschlag auf zahlreichen Gebieten ein Defizit aufweist, ergibt sich bei den Gemeindefriedhöfen, ein ansehnlicher Gewinn. Die Steinmetzwerkstätte der Gemeinde Wien, die die alten Grabsteine widerrechtlich in ihren Besitz bringt, zieht aus dem Betrieb einen ungeheuren Gewinn, indem sie die alten Steine viel teurer verkauft, als neue Steine. Welcher Gewerbetreibende kann heute, wie dieser Betrieb, mit einem Reingewinn von 25 Prozent arbeiten. Die Gemeinde Wien hat z.B. einen Stein, der bei einem Privatsteinmetz 450 Schilling kostet, um 600 Schilling verkauft.

GR. Beisser (Soz. Dem.): Die Steinmetze behaupten, dass sie zu billig ist!

GR. Prinke (E.L.): Verarmten Mittelständler, die der Gemeinde ihre Gruft verkaufen, gibt die Gemeinde dafür höchstens 2500 bis 3000 Schilling, während sich ein Gruftplatz, den jemand kauft, auf 8300 Schilling stellt. Wenn man bedenkt, dass die Gemeinde ausserdem für die Exhumierung und für die Bestattung in einem anderen Grab bezahlen lässt, so bleibt den betreffenden Leuten nur etwa 1200 Schilling. Dabei schädigt die Gemeinde die Gewerbetreibenden auf dem Friedhof. Zu Allerheiligen hat sie bei den drei Toren des Zentralfriedhofes 18 Blumenstände gehabt, ausserdem macht die Friedhofsverwaltung den Akerzeuweibern Schmutzkonkurrenz, indem sie die Akerzeu um fünf Groschen billiger verkauft. Die Sozialdemokraten, die den Christlichsozialen immer den Vorwurf machen, dass bei ihnen viel Akerzeuweiber sind, sind selbst unter die Akerzeuweiber gegangen. Ein Skandal ist die Personalpolitik am Zentralfriedhof. Während der Allerheiligenzeit müssen Beamte und Arbeiter 40 bis 50 Ueberstunden zu leisten, ohne dafür eine Entschädigung zu bekommen. Sie sollen das Recht haben, dafür eine Ersatzruhezeit zu beanspruchen, aber wenn sie das verlangen, wird erklärt, es sei nicht möglich, so dass es Arbeiter gibt, die seit dem Jahre 1924 100 bis 150 Ueberstunden gut haben.

GR. Kunschak: Das ist ein Vorschuss auf die Ewigkeit. (Heiterkeit bei der Einheitsliste).

GR. Prinke (E.L.): Dafür verwendet man Kanzleibeamte dazu, den Akerzeuweibern die Akerzen zuzutragen. Der Redner wendet sich gegen das für die Arbeiter am Zentralfriedhof bestehende Prämiensystem, das früher von den Sozialdemokraten so heftig bekämpft worden sei. Der Redner bringt schliesslich zur Sprache, dass ein Aufseher von einem Saisonarbeiter, den er wegen Arbeitsverweigerung angezeigt hatte zwei Faustschläge ins Gesicht getan. Die Zustände auf dem Zentralfriedhof sind einfach nicht mehr zu ertragen und auch die Leute, die 20 und 30 Jahre im Dienst der Gemeinde stehen, sind nicht mehr willens, sich terrorisieren zu lassen. Gemeinderat Prinke ersucht Stadtrat Tandler, endlich einmal Ordnung zu schaffen. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Professor Tandler, dass sonst die Kritik in den Budgetberatungen ihren Kulminationspunkt gefunden habe. Heute sind nun eine Reihe von Beschwerden bei der Beratung des Rechnungsabschlusses vorgebracht worden. Frau Dr. Motzko hat in verschiedenen Zweigen Minderausgaben beanständet. Ich kann nur feststellen, dass bei den Pflegebeiträgen um 2,099.000 Schilling, bei der Schulausspeisung um 789.000 Schilling und bei der Mittagsauspeisung in den Kindergärten um 147.000 Schilling mehr ausgegeben wurde. Ein Teil der Ersparnisse ist auf Investitionen zurückzuführen, wie zum Beispiel die Errichtung der Kinderherberge am Tivoli, die nicht durchgeführt wurde. Dafür aber wurde das Schloss Wilhelminenberg angekauft; die Eröffnung des Kinderheimes wird am 13. November erfolgen.

**Richtigstellung:**

Zelle drei bis sieben, auf dem ersten Bogen, zweite Spalte/ist der Absatz: "GR."

Frayer (S.L.) bemerkt, es handle sich um den mit ausserordentlich hohen Betrag von 2,2 Milliarden; über die der Bürgermeister eigensinnig auf Grund des § 96 verfügt, die Minderheit muss gegen den § 96 energisch Stellung nehmen" durch eine Verheißung an die unrichtige Stelle gekommen.

Dieser Absatz gehört richtig an den Schluss des ersten Bogens.

Auf die Angriffe der Frau Dr. Motzko wegen der Quarantäne im Lainszer Versorgungshaus, sagt Professor Tandler, dass er diese seinerseits errichtet habe, um die Ruhrerkrankungen einzulösen. Der Erfolg ist, dass die Ruhrerkrankungen aus Lains verschwunden sind.

Gewiss bedeutet die Quarantäne eine Einschränkung der persönlichen Freiheit, was aber in der Natur der Sache liegt. Wenn gesagt wird, dass Menschen Wochen und Monate in der Quarantäne bleiben, so ist das unrichtig. Frau Dr. Motzko hat auch den Herrn Wallner vom Verband der Arbeitsinvaliden verteidigt. Wallner nennt sich Vertreter der Arbeitsinvaliden. Da stelle ich mir vor, dass er einmal etwas gearbeitet hat. Wallner ist ein unglücklicher junger Mensch, der hilflos von der Gemeinde befürsorgt wird. Aber er ist kein Arbeitsinvalid. Er hat Versammlungen einberufen und in schönster Weise nicht nur über mich, sondern auch über meine Angestellte gesprochen. Vor einiger Zeit wurde mir ein Memorandum vorgelegt, aber ein Grossteil der darin enthaltenen Forderungen waren ganz lächerlicher Natur. Nach allen Beschimpfungen der Öffentlichkeit und nachdem Wallner zu Journalisten mindester Kategorie gegangen ist, ist Wallner als Führer einer Deputation zu mir gekommen. Er hat dabei einen Ton der Ueberheblichkeit angeschlagen, der nicht am Platze war. Er hat mich über die Blödsinnigkeit der Quarantäne belehrt, hat gesagt, dass diese ein Fehler sei. Ich habe ihn gebeten, sich zu mässigen, und habe ihm gesagt, wenn er die Dinge so beurteile, solle er sich in die Redaktion der Freiheit begeben. Zwei anderen Herren, die mit ihm waren, habe ich mich entschuldigt, ich habe ihnen auch die Hand gereicht und sie hinausgelassen.

Auf die Einwürfe der Frau Dr. Motzko wegen Nichterledigung von Ansuchen erklärt Stadtrat Professor Tandler, dass diese keine eigenhändige Unterschrift tragen, sondern nur mit der Stampiglie des Verbandes der Arbeitsinvaliden gefertigt sind. Das sind selbstverständlich keine Dokumente. Jedes Ansuchen, das die Unterschrift des Ansuchenden trägt, wird erledigt. Wir haben einen Parteienverkehr von etwa 500.000 Menschen im Jahr, ich selbst allein bekomme gegen 30.000 Briefe, die ich alle beantworten muss. Frau Dr. Motzko wollte auch die Zahl der Ausspeisungen wissen. Vom 17. bis 22. Oktober wurden von der Wsk 15.706 Schulkinder 4868 Kinder der Kindergärten und 692 Hortkinder ausgespeist, das sind zusammen 21.266 Kinder. Bezüglich der Tuberkulosefürsorge erklärt Stadtrat Tandler, dass es unrichtig ist, dass die Tuberkulose in Wien zugenommen hat. Ebenso ist es auch unrichtig, dass die Tuberkulose eine Wiener Krankheit ist. Die Zahl der Tuberkulosekranken ist von der Erfassungszahl abhängig. Solange wir 10 Fürsorgestellen errichtet haben, haben wir nur ein Drittel erfasst, als wir 20 Fürsorgestellen im Betrieb hatten, zwei Drittel. Unsere Tuberkulosefürsorge wird im Reich dranssen aus Muster bezeichnet. Was ist eigentlich der Sinn und der Zweck der Tuberkulosefürsorge. Sinn und Zweck ist eine Propaganda der Erkenntnis durch die Tat. Dadurch bekommt der Mensch eine ganz andere Auffassung von seiner Gefahr zur Umwelt. Der Prozentsatz der Menschen, die jetzt zu uns kommen und die als gesund entlassen können, steigt von Jahr zu Jahr und das zeigt von hohen Verantwortungsgefühlen unserer Bevölkerung. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Nicht die Zahl der Betten, sondern die Leistungen und die Vertiefung der Verantwortungsgefühle unserer Be-

völkerung geben Zeugnis von der Tuberkulosefürsorge. Stadtrat Professor Tandler erwidert schliesslich auf die Einwürfe bezüglich der Friedhofsverwaltungen und der Steinmetzwerkstätte, wobei er erklärt, dass ein Grab das früher hundert Goldkronen gekostet hat, heute nur 51 Schilling kostet. Es ist nicht richtig, dass wir Geschäfte machen, sondern wir bemühen uns nur, ökonomisch zu verwalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

In längeren Ausführungen nimmt Gemeinderätin Dr. Motzko zu der Rede Dr. Tandler Stellung. Sie tadelt, dass man mit der Auswahl der Pflegeparteien nicht genug vorsichtig ist. Sie weist weitere einen Brief vor, von einer Frau, die neun Wochen in der Quarantäne in Lains war. Bezüglich der Haltung des Stadtrates Professor Dr. Tandler zum Verband der Arbeitsinvaliden erklärt die Rednerin, dass Stadtrat Tandler subjektiv nicht unbefangener ist. Auf den Vorwurf des Stadtrates Tandler, dass Wallner mit Journalisten niedrigster Art sich verbunden habe, erwidert die Rednerin, dass man, wenn man mit dem Abend so eng verbunden ist, von Journalisten niedrigster Art nicht sprechen darf.

Nach einer Erklärung des Gemeinderates Kunschak, dass er auf dem Hernalser Friedhof im Jahre 1925 ein Grab mit hundert Schilling auf zehn Jahre angekauft habe und nach einer kurzen Erwiderung des Stadtrates Professor Dr. Tandler und nach einer persönlichen Bemerkung des Gemeinderates Pfeiffer wird in die Beratung der Verwaltungsgruppe "Sozialpolitik und Wohnungswesen" eingegangen.

GR. Ullrich (S.L.) bemerkt, dass sich in diesem Kapitel wirkliche Ausgaben für Sozialpolitik nicht finden. Was das Wohnungswesen selbst betrifft, so ist für Wohnbauten im Berichtsjahre der staatliche Betrag von 1168 Milliarden ausgegeben worden, und zwar sind rund 66 Prozent der Baukosten aus laufendem Steuergeldern und nur 34 Prozent aus den Mitteln der Wohnsteuer gedeckt worden. Trotzdem schreiben Sie auf alle Objekte: "errichtet aus den Mitteln der Wohnsteuer", das ist eine Unwahrheit, deren sich eine Gemeindeverwaltung nicht schuldig machen sollte. Sie wollen die grosse Masse der Bevölkerung nur irreführen.

Wenn man das System der Klassifikation aufrecht erhalten will, muss man auch die Klassifikation fortsetzen. Eine Wohnung bekommt heute derjenige, der Verbindungen hat. Im Prozess Ratsenberger hat man gehört, dass einer der Protoktoren des Ratsenberger sich unter drei Wohnungen eine hat aussuchen dürfen. Schöne Dinge hat man auch nach dem 15. Juli über den Wohnungsnachweis für die Sicherheitswache erfahren. Früher hat die grosse Öffentlichkeit nicht gewusst, dass die Freie Gewerkschaft der Sicherheitswachbeamten ein eigenes Referat beim Wohnungsamts gehabt hat. Der freien Organisation war es möglich, 1300 Wohnungen zu verschaffen. Nachdem aber die freie Organisation bei der Sicherheitswache ihren Boden verloren hat, ist auf einmal diese Sonderstellung für die Wachbeamten, wie Stadtrat Weber erklärte, unhaltbar geworden.

GR. Kunschak: Das ist ein Amtsmisbrauch!

GR. Ullrich: Nach einem Bericht der Arbeiter-Zeitung hat Stadtrat Weber selbst zugegeben, dass er die Sicherheitswachbeamten bis zum 15. Juli bei Wohnungszuweisungen bevorzugt hat, dass er dies aber nicht aufrecht erhalten könne, weil sonst auch die anderen Stände dieselbe Bevorzugung verlangen könnten. (Lebhafte Rufe bei den Parteien der Einheitsliste: Jetzt auf einmal!) Jetzt auf einmal sind Sie darauf gekommen, nachdem die freie Gewerkschaft bei den Wahlen so ungeschlagen hat. In einer späteren Stelle desselben Berichts der Arbeiter-Zeitung heisst es aber, dass die freie Organisation nach wie vor das Recht der Intervention haben soll. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Parteien der Einheitsliste). Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es ein ganz gewöhnlicher Unfug, ein Missbrauch ist, es handelt sich hier um Steuergelder. Wir fordern, dass dieser Missbrauch ehestens abgestellt werde. (Lebhafte Beifall bei den Parteien der Einheitsliste).

Die Verhandlung wird abgebrochen.  
Schluss der Sitzung 10 Uhr abends.